



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

22.01.2010



***Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,***

das Jahr begann mit vielen Neujahrsempfängen, auf denen wir uns wiedergesehen haben. Der Oberhaveler SPD-Neujahrsempfang war wirklich gelungen. Heute folgt der im Havelland und am Sonntag dann in meinem OV Mühlenbecker Land in Summt. Die Gespräche sind wichtig und der Austausch über die vor uns liegende Arbeit. Die politische Arbeit in der Opposition – das ist jetzt mein Thema. Wir haben uns in der Bundestagsfraktion mit der Klausurtagung letzte Woche gut eingestimmt in die Auseinandersetzung mit dieser Regierung. Montag und Mittwoch geht es weiter in meinem Fachbereichen Kultur und Medien sowie Arbeit und Soziales. Die Haushaltseinbringung in dieser Woche hat das wahre Gesicht dieser Regierung gezeigt. Mit ihrer schamlosen Klientelpolitik trifft sie die Kommunen am härtesten. Die fehlenden Steuereinnahmen werden die Kommunalpolitiker vor unlösbare Aufgaben stellen. Die ersten Meldungen aus größeren und kleineren Städten weisen darauf hin, dass der Nahverkehr, die Müllabfuhr und die Wasserversorgung, aber auch öffentliche Bibliotheken, Museen, Theater und all die wichtigen Aufgaben in der Jugendarbeit, im Sport und in der Kultur bedroht sind.

Dort wo öffentliche Leistungen teurer und trotzdem schlechter werden, zahlen die normalen Bürger für die schwarz-gelben Steuerprivilegien der Besserverdiener. Bei allem was jetzt an Problemen auf uns zu kommt, vergesst nicht die Zusammenhänge dieser Entwicklung. Mehr zu den aktuellen Problemen dieser Woche im Folgenden. Viel Spaß beim lesen, wünscht Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Zur aktuellen Reformdiskussion

Jeden Tag kommen neue Vorschläge zur Reform von Hartz IV – dem SGB II. Sie werden nicht klüger, ob nun Rüttgers oder Koch, die wollen sich nur über die Köpfe hinweg der Arbeitsuchenden profilieren.

Mit ihrem unverschämten, zynischen Forderungen wie den Arbeitsdienst, entlarven sie ihre fehl-

elende Sachkenntnis und machen die Arbeitsuchende zum „Buh-Mann“. Wir haben in der Partei und in der

Fraktion entschieden, dass die Überprüfung nach fünf Jahren notwendig ist.

Ich habe vor allem gewollt, dass Menschen schneller und langfristig in Arbeit kommen und das diejenigen, die nicht in der Lage sind, ausreichend sozial abgesichert sind. Ich glaube, das einiges nicht genug passiert ist, nämlich das Arbeit da ist, von der man leben kann. Stattdessen ist aus der Zeitarbeit über Tarifverträge das Scheunentor für Scheingewerkschaften und Scheintarifverträge geworden. Das möchte ich durch eine Überprüfung und Reform der Gesetze und einen gesetzlichen Mindestlohn ändern. Das ist mein Ziel.

Die CDU/CSU hat dem gegenüber vor, die jetzige Entwicklung noch zu vertiefen. Allein durch die Erhöhung der Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Hartz IV, werden diese Menschen am Ende mehr als viele andere Menschen am Arbeitsmarkt verdienen. Welches Unternehmen hat da noch ein berechtigtes Interesse, anständige Tariflöhne zu zahlen, wenn der Staat aufstockt. Dann wird es bei den Armutjobs bleiben.

2. Reform der Organisationsform des SGB II vor Ort

Jetzt beginnen die entscheidenden Wochen in dieser Frage. Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat gestern den Gesetzentwurf zur getrennten Aufgabenwahrnehmung angekündigt. Auf der einen Seite die Arbeitsagentur für die Eingliederungsleistun-

- | |
|--|
| <ol style="list-style-type: none">1. Zur aktuellen Reformdiskussion bei Hartz IV2. Reform der Organisationsreform des SGB II3. Wie weiter in der Afghanistan-Frage?4. Termine |
|--|



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

22.01.2010



gen und auf der anderen Seite der Landkreis für die sozialen Leistungen. Aus der Presse hatte ich entnommen, dass der Landkreis Havelland dieses Modell ablehnt, übrigens wie viele andere Landkreise auch und stattdessen den Antrag an Land und Bund gestellt hat, diese Betreuung für Langzeitarbeitslose selber – wie die Optionskommune Oberhavel – durchführen möchte. Das wird jetzt spannend.

Nach meinem bisherigen Kenntnisstand beabsichtigt die Bundesregierung nicht die Anzahl der 69 Optionskommunen bundesweit zu erhöhen. Weder im Koalitionsvertrag noch im Eckpunktepapier ist die Rede davon. Es wird lediglich eine Entfristung der derzeitigen Optionskommunen in Aussicht gestellt.

Gleichwohl ist mir der Beschluss der ASMK vom 14.12.2009 bekannt, in dem die B-Länder sowohl eine Entfristung als auch eine einmalige Erhöhung der Anzahl der Optionskommunen beschlossen haben. Damit verbunden ist jedoch die generelle Zustimmung zum Vorschlag der getrennten Aufgabenwahrnehmung. Letzteres halte ich für die schlechteste aller Varianten. Die A-Länder haben deshalb auch diesem Vorschlag nicht zugestimmt, sondern unseren Vorschlag für das **ZAG-Modell** und der Grundgesetzänderung. Dieser SPD-Gesetzesentwurf liegt dem Bundestag vor. Ob die Bundesregierung gleichzeitig bereit sein wird, die Option einmalig zu öffnen, ist derzeit noch nicht absehbar. Denn auch dafür muss es eine Grundgesetzänderung geben, zu der sie generell nein sagt.

Als zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für die SGB II – Gesetzgebung und als zuständige Bundestagsabgeordnete des Havellandes II werde ich das Anliegen von Landrat Dr. Schröder unterstützen. Dazu werde ich in den kommenden Tagen Gespräche mit dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Städtetag und der Bundes-SGK führen, um über die Neuorganisation des SGB II aber auch weitere Themen das SGB II betreffend, z.B. der Bundesbeteiligung an den KdU 2011 ff., zu beraten.

3. Wie weiter in der Afghanistan-Frage?

Heute findet die Afghanistan-Konferenz der SPD im Willy-Brand-Haus statt. In der kommenden Woche, dann in London eine internationale Konferenz. Und am Mittwoch werden wir gegen 15 Uhr eine Regierungserklärung dazu von der Bundeskanzlerin hören und zwei Stunden debattieren. Wir haben uns gut drauf vorbereitet. Am Wochenende wird die Parteispitze die heutigen Erkenntnisse mit Altkanzler Helmut Schmidt beraten. Wir werden eine klare Perspektive aufweisen, wie wir die Ergebnisse des internationalen Engagements in Afghanistan sichern können und den Einsatz der Bundeswehr schrittweise beenden können. Offenbar sind alle einschließlich der Amerikaner der Meinung, dass ein Fortschritt mit mehr militärischen Einsätzen nicht zu erreichen ist. Dementsprechend kann es für mich auch keine erweiterten Kampftruppen geben, wie es die Regierungskoalition möchte.

US-Präsident Obama hat ein Datum festgesetzt: **2011!** Bis dahin muss auch Deutschland seine Soldaten schrittweise abgezogen haben. Gleichzeitig müssen die afghanische Armee und Polizei die notwendigen Aufgaben zum Schutz des zivilen Aufbaus übernehmen. Unser Konzept wird in der nächsten Woche vorliegen und ich würde mich freuen, dieses gemeinsam mit Euch bei meinen nächsten Besuchen im Wahlkreis zu beraten. Eure Anregungen und Hinweise sind mir wichtig.

5. Termine

Sonntag, 24. Januar 2010

11.00 Uhr Neujahrsempfang SPD Mühlenbecker Land

Montag, 25. Januar 2010

9.00-15.00 Uhr Klausurtagung der AG Kultur und Medien

Mittwoch, 27. Januar 2010

15.00 Uhr Afghanistan-Debatte im Bundestag

17.30-22.00 Uhr Klausurtagung der AG Arbeit und Soziales

Donnerstag, 28. Januar 2010

18.00 Uhr Neujahrsempfang der Stadt Hennigsdorf
anschl. Neujahrsempfang der AG Brieselanger Vereine